

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 M., für 1 Monat 70 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauchaer Straße 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon: 13893. Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends (außer Sonnabend).

Inserate kosten die 8gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 M. pro Tausend für die Gesamtaufgabe, bei Teilaufgabe 4 M. — Der Betrag ist im Voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21, Hofgebäude. Telefon: 2721.

Tageskalender.

Heute wurde der preussische Landtag mit der üblichen inhaltslosen sogenannten Thronrede eröffnet, die über den Inhalt der sogenannten Wahlreform kein einziges Wort enthält.
Im bayrischen Abgeordnetenhaus erklärte sich die Regierung für die Einführung von Schiffahrtsabgaben.
Das englische Parlament wurde gestern offiziell aufgelöst.
In Spanien wurde das bereits beseitigte Vorrecht der Bestanden auf Verkauf vom Militärdienst wieder in Kraft gesetzt.

Zwei Parlamente.

Leipzig, 11. Januar.

Deutscher Reichstag wie preussischer Landtag treten am heutigen Tage in Berlin zusammen, und besonders ist es diesmal der Landtag, der das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt. Die Thronrede, mit der Wilhelm ihn eröffnen will, wird etwas über die preussische Wahlreform enthalten. Einige Blätter, wie die Tägliche Rundschau, wissen sogar schon was. Das genannte Blatt meldet heute mit wichtiger Miene:
„Wie wir in unseren Blättern, wird die Thronrede zur Eröffnung des preussischen Landtags die von der Regierung angebotenen Verbesserungen des Wahlrechts darlegen. Diese Zugeständnisse sind mit der Einführung der direkten Wahl und einer bedingten Verbindung von Dreiklassen- und Pluralwahlrecht im wesentlichen erschöpft. Nach dem Wunsch des preussischen Ministerpräsidenten wird die Einbringung der Vorlage selbst bekanntlich so weit beschleunigt werden, daß sie noch in den ersten vier Wochen der neuen Session an den Landtag gelangt.
Das wäre nun allerdings eine Birne für den Durst und die trockenste Verhöhnung der preussischen Arbeiter. Denn nach diesen Meldungen muß man annehmen, daß der Zweck der Wahlreform nicht etwa darin besteht, einige der größten Ungerechtigkeiten des Wahlrechts zu beseitigen, sondern umgekehrt: zu den bestehenden noch eine neue hinzuzufügen. Eine Verbindung des Dreiklassenwahlrechts mit dem Pluralwahlrecht kann nur heißen, daß innerhalb der bestehenden drei Klassen das Pluralwahlrecht eingeführt werden soll. Dies würde in erster Linie oder nahezu ausschließlich die dritte Klasse treffen, wo man den Beamten und ähnlichen noch für zuverlässig geltenden Elementen ein erhöhtes Wahlrecht zuschanzen will. Um etwa unbotmäßigen Geistern innerhalb der preussischen Beamtenschaft das Ausbrechen nach links, das Abgehen einer freisinnigen oder gar sozialdemokratischen Stimme unmöglich zu machen, hat man ihnen das Kandidatenrecht der öffentlichen Stimmabgabe angelegt. Mit

andern Worten: die angekündigte, durch ein Königswort verpfändete Wahlreform ließe darauf hinaus, selbst die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten zum Landtag hinauszudrängen, die jetzt ihm angehören. Das ist das Ziel!

Trieben wir eine Politik des Satans, so könnten wir eine hoshafte Freude daran haben. Eine völlige Ausmerzung der Sozialdemokratie aus dem Landtag, heil das gäbe eine Stimmung! Die Kölnische Zeitung und die ihr verwandten Zeitungsgeschwister, die sich jetzt über den „trockenen“, „langweiligen“ Ton des preussischen Parteitags aufhalten, könnten dann etwas erleben, was wahrlich weder trocken noch langweilig wäre. Ehe wir jedoch diese Möglichkeiten weiter ausspinnen, wollen wir erst Thronrede wie Vorlage abwarten, getreu den Worten unseres erhabenen Reichstanzlers: wir werden sehen, wir werden hören und dann wird es sich ja zeigen.

Freilich mag sich Herr Bethmann nicht einbilden, der Entscheidung dadurch aus dem Wege zu gehen, daß er sie aufschiebt. Die Bataillone sind im Marsch und nichts wird sie aufhalten. Beneidenswert ist jedenfalls seine Position nicht. In seinem preussischen Schranz pocht vernehmlich das Gerölpe der Wahlreform, auf seinem Herde jünger die heiße Glut des preussischen Defizits und im Reichstag liegt jetzt noch trüber Dunst über den Wassern. Die Reichsfinanzreform hat das Reichsschiff nicht flott gemacht, dafür die Verhältnisse der bürgerlichen Parteien hoffnungslos verschärft. Auf der Linken sammeln sich die kleinen Angsthaften der Freisinnigen zu einem großen Häufen Unglück, auf der Rechten stehen Junker und Pfaffen, die wahren Herren Deutschlands, in geschlossener Phalanx, und zwischen beiden rennt, ratlos und hastig, die nationalliberale Partei hin und her, noch unentschieden, ob sie sie mit dem Freisinn packieren oder, wie einst im Mai, den herrschenden Parteien als Hopfiant beitreten soll. Nach den letzten Ausführungen der Nationalliberalen Korrespondenz, jenem bekannten partei-offiziellen Organ, ist nicht mehr daran zu zweifeln, worüber freilich schon früher kein Kundiger sich unklar war, daß sich die nationalliberale Partei wieder nach rechts anschließen und im alten Bunde mit Junker und Pfaffen das deutsche Volk ausplündern wird.

Um so gründlicher werden die Wähler sich von dieser Partei abwenden, zumal, wenn sie immer mehr erkennen müssen, daß der ganze Finanzjammer, die nie abklingenden neuen Steuern nur daher kommen, daß die wirklichen bestehenden Klassen schematisch die schamloseste Steuerhinterziehung betreiben. Wir haben an dieser Stelle mehr als einmal die Ausführungen des Professors Delbrück über dieses patriotische Gebaren unserer reichen Leute wiedergegeben, die dadurch nichts von ihrem Werte verlieren, daß die agrarischen Blätter wie die Furien darüber herfallen. In diesen Tagen hat Delbrück im Bund der Festbesoldeten Berlins über das gleiche Thema einen Vortrag gehalten, in dem er erneut ausführte, daß in

Preußen nur 91 1/2 Milliarden Vermögen versteuert seien, 63 Milliarden weniger, als steuerpflichtig sind. Selbst wer diese Angabe als übertrieben bezeichnete, hätte zugeben müssen, daß diese Summe mindestens 50 Milliarden betrage. Das bedeute allein an Vermögenssteuer eine Einbuße von 25 Mill. M., dazu kämen noch die schwerer nachweisbaren, aber vielleicht noch krasserer Minderdeklarationen bei der Einkommensteuer, so daß in Preußen 120 Millionen, im Deutschen Reich über 200 Mill. Mark an Steuern zu wenig bezahlt werden. Selbstverständlich betragen die Agrarier den Staat nicht allein, die Industriellen leisten ihnen dabei wertvolle Hilfe. Von dem auf 80 Milliarden geschätzten mobilen Kapital wurden nur 38 versteuert. Die größere Hälfte also wurde unterschlagen.

Und das passiert in einem Staate, wo den bestlosten Massen, den Arbeitern und Festbesoldeten, jeder blutige Pfennig berechnet und versteuert wird. Durch die Anzeigepflicht der Unternehmer über die Löhne der bei ihnen Angestellten hat der preussische Fiskus eine Mehreinnahme von 15 Millionen gehabt.

Zahrelang schon geht diese systematische Staatsbetrügerei. Man muß es nur dem Bewußtsein der Massen einschämmern, daß die gesamte Reichsfinanzreform nie nötig gewesen wäre, wenn heute unter kapitalistischen Verhältnissen, wo die gesamte Steuererhebung an sich schon den herrschenden Klassen auf den Leib zugeschnitten ist, diese herrschenden Klassen auch nur die Steuern gezahlt hätten, zu denen sie verpflichtet sind und die doch nur mit ihrer Zustimmung seinerzeit Gesetz geworden waren. Nicht neue Steuern brauchen wir, umgekehrt, drückende bestehende Steuern könnten abgeschafft werden. So sehen die Dinge.

Bei den Debatten in beiden Parlamenten wird sich hoffentlich Gelegenheit geben, die Finger in diese schwärzende Wunde zu legen, und unseren Genossen im preussischen Landtag wird es bei den Debatten über die Wahlreform eine besondere Genugtuung bereiten, wenn sie nachweisen können, daß in Preußen nicht der die meisten politischen Rechte hat, wer die meisten Steuern zahlt, sondern wer die meisten Steuern — hinterzieht, womit denn freilich die „fällige Grundlage“ dieses gelobten Landes am trefflichsten charakterisiert ist.

Konjunkturmchwung und Warenpreise.

Wir haben schon wiederholt in unsern wirtschaftlichen Wochenübersichten und an anderer Stelle der Zeitung, darauf aufmerksam gemacht, daß, so schwer auch gegenwärtig noch die Wirkungen der Krise auf die Arbeiterklasse lasten, doch verschiedene Faktoren für eine langsame Besserung der Wirtschaftslage sprechen. Der Tiefpunkt der Depression ist offenbar überschritten, und so wenig auch die lohnarbeitende Klasse Veranlassung hat, mit überspannten Erwartungen dem neuen Jahre entgegenzu-

Seuilleton.

Des Reiches Kommen.

Novelle von Timm Rüdger.

71. Nachdruck verboten. Fünftes Kapitel.

Peter Schmidt wollte kein Testament machen, Hinnerk Schmidt wollte es auch nicht, in der Sache einig, wichen sie in den Gründen voneinander ab. — Peter wollte es um das Reich Gottes nicht, für das er zu kämpfen glaubte, Hinnerk wegen der runden, gelben Dinger nicht, auf deren Schriftseite die Worte „Deutsches Reich“ stehen. Hinnerk lag es unangenehm, dem kranken Bruder zu überzeugen, der kranke Mann im Lehnstuhl bebt vor Bange, Hinnerk Schmidt die Notwendigkeit zu zeigen. Er liebte seinen Bruder, hatte aber auch Angst vor ihm. Ein paarmal war Hinnerk heftig geworden und aufgebraust, das war ihm durch alle Glieder gefahren; daran, daß das wiederkomme, mochte er nicht denken.
Hinnerk Schmidt wünschte, daß die Unterredung ohne Zeugen stattfinden. — „Abel“, sagte er zur Haushälterin, als sie vor der Haustür angekommen waren, „ich und Peter haben ein paar Worte miteinander zu reden. Wenn du bist beim Melken mittun wolltest — —“
„Gern“, entgegnete die gutmütige Abel und schrakelte auf ihren alten Beinen durch den Garten nach dem Hof zurück.
Hinnerk öffnete die Haustür, die zur Wohnung seines Bruders führte, hielt aber die Schelle an (der Kranke konnte den Ton nicht vertragen) und ging leise in die Stube.

„Na, Broer, wo gait?“
„Ni-good.“

„Regst dich wohl auf, weil der Justizrat kommen will. Und hast gar keinen Grund.“
Peter Schmidt ging auf diese Einleitung nicht ein, weil er sie nicht verstand.
„Broer“, sagte er, „ich lebe nicht mehr lang.“
„A, Peter, bilde dir nur nichts ein!“
„Na, Hinnerk, es dauert nicht mehr lang. Und der Propst hat gesagt, ich darf Hans nicht verkürzen.“
„De Propst? De Propst schnack wull wat. Wat gait den Propst uns Saken an?“
Peter schwieg.
„Wat gait em dat an?“ hatte Hinnerk gesagt, und erst allmählich wurde ihm klar, was es im Gefolge habe, wenn es nach dem Propsten gehe. Und als es ihm klar geworden war, fuhr er auf, Gewitter im Ton. — „Wats dat vern Schnack? Und du, und du?“
Er stand in hellem Zorn vor seines Bruders Stuhl und wußte nicht, wie es dem Kranken tat, und wollte es auch nicht.
Darin hatte der Justizrat recht, der Geizige geht wie ein verkleideter Donnergott durchs Leben, er will den Donnerkeil, will ihn aber nicht fliegen lassen. Hinnerk Schmidt war vielleicht kein Geizhals, aber der Gedanke, sich etwas von der Fülle der Macht, die im Gelde liegt, nehmen zu lassen, war ihm unerträglich. — Und der Lotteriegewinn war ja schon sein eigen. Sollte er sich diese klingende Macht von dem Propsten nehmen lassen? Gott hatte in seiner Güte den Lotterieschlag dem Bruder geschenkt, damit er zusammen mit ihm, mit Hinnerk Schmidt, seine Freude daran habe. So war seine Vorstellung, da mußte er wohl Schmerz, einen schier Körperlichen Schmerz fühlen bei dem, was Peter sagte. Er mochte den Gedanken nicht ausdenken. Er war ja gutmütig, und auf eigentlichen Haß war seine Seele niemals gestimmt. Aber wenn er seinen Bruder Hans, der ihm das angetan hatte, nicht liebte, damit meinte er frei vor dem himmlischen Richter bestehen zu können.
Deshalb rief er: „Wat segst du? Wat is dat? Wat

is dat vern Schnack?“ — und rief es laut und drohend vor seinem kranken Bruder.
Über das dauerte nur kurze Zeit, ein Blick auf den kranken Mann, und das in den dunkelsten Winkel seiner Seele gestohlene Mitleid brach wieder hervor.
Er setzte sich auf einen Stuhl, zwang sich zur Ruhe, versuchte zu lachen.
„Nimm mir nicht übel, Peter, du machst Spaß, ich hab es für Ernst gehalten. Nun seh ich, wie du es meinst. Und das ist recht, Spaß muß sein. So lange, wie der Mensch spakt, so lange lebt er. Lachen und Spaß ist die beste Medizin, sagt ein altes Sprichwort.“
Die Augen des Kranken sahen den Sprecher traurig an. Peter Schmidt fühlte, daß er den Frieden mit seinem Gewissen nur um den Preis des Anfriedens mit Hinnerk erlangen könne. Denn noch immer ging es die Tapetengirlande auf und ab, das alberne Gespräch: „Wat is dat ver een?“ „Dat is...“ und so weiter.
Es mußte sein: die Sorge um die ewige Seligkeit war größer als der Schmerz um Hinnerks Liebe.
„Hinnerk“, antwortete er, „mach mirs nicht zu schwer. Bestell den Justizrat ab: Hans soll ebensoviel haben wie du. Ich will kein Testament machen.“
Hinnerk sah und hörte, verstand die Worte, sagte aber den Sinn nicht. Oder vielmehr: er sagte den Sinn wohl, aber er glaubte diesem Sinn nicht. Noch immer hielt er eine Wendung für möglich, die den ihm das Erbe wegnehmenden Nummernschanz wegwege und alles wieder rechtbringe. Er dachte an den Geschichtenerzähler Adolf Steen. Wenn Adolf Steen seine Lügengeschichten vorbrachte, pflegte Hinnerk ruhig zuzuhören und am Schluß zu sagen: „Adolf, hol di man fast, oder: Dat mak anner Lüdwies. Ihm war auch jezt, als müsse er sagen: Peter, hol di man fast — dat mak anner Lüdwies!“
Er stand auf und schritt in der Stube auf und ab.
„Jung, Peter“, rief er. „Als Spaß bistchen viel, und im Ernst kannst dus nicht meinen.“
Er sah nicht nach seinem Bruder hin, hätte er es ge-